

A 5 Du verdienst Gerechtigkeit – Arbeitsmarkt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 19.01.2022

Tagesordnungspunkt: A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

Text

1 A. 5. Du verdienst Gerechtigkeit – Arbeitsmarkt

2 Unsere Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Darin sehen wir viele Chancen für
3 den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein. Doch der Wandel fordert auch eine Reihe
4 an Maßnahmen, damit Arbeitnehmer*innen unter den neu geschaffenen Bedingungen
5 bestmöglich geschützt werden können.

6 Menschen vor Ausbeutung schützen, faire Arbeitsbedingungen sichern, moderne
7 Arbeitsformen gestalten, all das macht Schleswig-Holstein zu einem attraktiven
8 Standort im Fachkräftewettbewerb und ist das Ziel GRÜNER Politik. Alle Menschen,
9 die in Schleswig-Holstein arbeiten, müssen sich sicher sein können, dass die
10 Löhne zum Leben reichen, der Gesundheitsschutz im Job gewährleistet ist und
11 sozial verträgliche Rahmenbedingungen für sie gelten.

12 A. 5. 1. Tariftreue und Abbau prekärer Arbeitsbedingungen

13 Tarifverträge und starke Gewerkschaften sind noch immer wesentlicher Garant für
14 sichere und faire Arbeit. Wir setzen uns für die Tariftreue und gegen die
15 Unterwanderung der Tarifbindung ein.

16 Wir wollen politische Maßnahmen ergreifen, um Tariftreue durchzusetzen und uns
17 zuvorderst dafür einsetzen, eine größere Tarifbindung in Schleswig-Holstein zu
18 erreichen. Unternehmen, die die Tariftreue unterlaufen und Verbände, die solche
19 Unternehmen vertreten, dürfen bei Ausschreibungen oder Verhandlungen nicht davon
20 profitieren. Wir werden deshalb auch bei öffentlichen Aufträgen die Tarifbindung
21 deutlich stärken.

22 Wir werden ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem
23 Vergabemindestlohn von mindestens 13 Euro auf den Weg bringen.

24 Das Land soll einen jährlichen Bericht zu den Arbeitsbedingungen in Schleswig-
25 Holstein herausgeben und konkrete Initiativen zur Beseitigung von Missständen
26 vorschlagen.

27 Wir setzen uns dafür ein, prekären Arbeitsbedingungen auch dort
28 entgegenzuwirken, wo der rechtliche oder tarifliche Schutz von
29 Arbeitnehmer*innen nicht ausreichend besteht, wie beispielsweise in Teilen der
30 Fleischindustrie oder der Saisonarbeit. Beratungsstellen für ausländische
31 Erwerbstätige müssen einen Zugang zu allen Betrieben mit ausländischem Personal
32 oder Subunternehmer*innen erhalten. Wir erwarten, dass Erwerbstätige aus der EU
33 und aus Drittstaaten transparent über ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen oder
34 Selbstständige informiert werden und an Sprachkursen teilnehmen können.
35 Entsprechende unabhängige Beratungsstrukturen wollen wir stärken und auch die
36 aufsuchende Beratungsarbeit vor Ort ausbauen.

37 Menschenunwürdige Arbeits- und Wohnbedingungen werden wir in Schleswig-Holstein
38 nicht dulden. Der Arbeitsschutz muss weiter verbessert werden, indem das 2021
39 eingeführte Verbot von Werkverträgen in der Schlachtindustrie und die Einhaltung
40 von Mindestlöhnen kontrolliert und der Zugang zu Beratung sichergestellt wird.
41 Dafür werden wir die entsprechenden Beratungs-, Unterstützungs- und
42 Kontrollstrukturen stärken.

43 Außerdem müssen Mindestwohnflächen pro Person und die Instandsetzung von
44 Wohnraum für Arbeitnehmer*innen gewährleistet sein. Hierfür werden wir ein
45 Wohnraumaufsichtsgesetz auf den Weg bringen.

46 A. 5. 2. Homeoffice und Co-Working – flexible Arbeitsformen, aber sicher

47 Die große Bandbreite flexibler Arbeitsmöglichkeiten ist in der Pandemie deutlich
48 sichtbar geworden. Hierzu gehört das Arbeiten im Homeoffice, in Coworking-Spaces
49 und von unterwegs. Arbeiten muss nicht an einen festen Arbeitsplatz gebunden
50 sein.

51 Diese veränderte Arbeitswelt bietet große Chancen, auch für die ländlichen Räume
52 in Schleswig-Holstein. Verkürzte und eingesparte Arbeitswege sind gut für unser
53 Klima und bieten einen Mehrwert an Lebenszeit für die Beschäftigten.

54 Um die flexiblere Gestaltung von Arbeit rechtlich abzusichern und zugleich
55 Arbeitsschutz auch unter den veränderten Rahmenbedingungen zu gewährleisten,
56 müssen das Arbeitsschutzgesetz und das Arbeitszeitgesetz reformiert werden. Wir
57 wollen, dass Rahmenbedingungen wie Arbeitsplatzausstattung, Gestaltung von
58 Arbeitszeiten und die Organisation und Erreichbarkeit von
59 Arbeitnehmer*innenvertretungen verbindlich geregelt sind. Eine Auslagerung der
60 Arbeitsplätze in die mobile Arbeit darf nicht zur Einschränkung der
61 Betriebsratsarbeit führen.

62 A. 5. 3. Anerkennung und Weiterbildung

63 Menschen, die einen ausländischen Abschluss haben, wollen wir den (Quer-
64)Einstieg in die Berufswelt erleichtern und Wege finden, um die Anerkennung zu
65 vereinfachen. Dazu gehören neben einer guten Beratung bei den Behörden
66 Erleichterungen auch bei fehlenden Papieren, Unterstützung beim Spracherwerb und
67 bei noch fehlenden Fachkenntnissen.

68 Neben zahlreichen Maßnahmen hier vor Ort werden wir dennoch zwei Maßnahmen
69 konkret angehen müssen. Es braucht die Vereinfachung der Anerkennung
70 ausländischer Abschlüsse von hier lebenden Personen durch vereinfachte
71 Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen. Außerdem werden wir die Zuwanderung
72 aus dem Ausland brauchen, um dem Fachkräftemangel begegnen zu können. Wir sehen
73 Menschen jedoch nicht nur als Arbeitskraft, sondern als Individuen, die
74 zeitgleich die Möglichkeit haben müssen, an Sprachkursen teilzunehmen und
75 Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und persönlichen Weiterentwicklung
76 bekommen müssen. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Ampel-Regierung,
77 Veränderungen im Einwanderungsrecht vorzunehmen.

78 Unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt ändern sich rapide. Im Zuge der
79 Transformation der Wirtschaft werden sich Arbeitsplätze und die Anforderungen an
80 die Arbeit verändern. Um Menschen bei den immer wieder nötigen Anpassungen zu
81 unterstützen, braucht es bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote. Zudem braucht
82 es die Akzeptanz durch Arbeitgeber*innen, so dass Bildungsurlaub tatsächlich in

83 Anspruch genommen wird. Wir wollen eine positive Kultur für die individuelle
84 Weiterbildung schaffen. Weiterbildung ist ein entscheidender Faktor, um die
85 Sorge vor Arbeitsplatzverlust abzumildern.

86 Betriebliche wie außerbetriebliche Weiterbildungsangebote helfen, sich auf eine
87 veränderte Arbeitswelt, auf die Transformation der Wirtschaft in Richtung
88 Klimaneutralität und Digitalisierung vorzubereiten. Wir unterstützen das Ziel
89 der Bundesregierung, Bildungszeit und Bildungsteilzeit einzuführen.
90 Weiterbildungsangebote für Beschäftigte sowie Betriebs- und Personalräte wollen
91 wir ausbauen und Transfer- und Qualifizierungsgesellschaften stärken.

92 Wir möchten auch den Zugang zu individuellen Beratungsangeboten verbessern. Dies
93 können zum Beispiel psychosoziale Beratungsstellen sein, die unterstützen, bevor
94 sich ein Problem zu einer therapiebedürftigen Erkrankung entwickelt.

95 Die guten Maßnahmen des Landesprogramms Arbeit zur Arbeitsmarktintegration von
96 Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen sowie zur Fort- und Weiterbildung werden
97 wir fortführen und weiterentwickeln.

Unterstützer*innen

Ute Lefelmann-Petersen (KV Plön)